

Buchbesprechungen

Christian Götz Heinz Oskar Vetter
Christian Götz befragt und porträtiert den
Vorsitzenden des Deutschen Gewerk-
schaftsbundes
Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1977,
169 S., 14,80 DM.

Das handliche Buch, das in der Reihe Theorie und Praxis der Europäischen Verlagsanstalt erschienen ist, enthält ein Porträt von Heinz Oskar Vetter, überschrieben „Realist mit Phantasie“, ein ausführliches Interview: „Plädoyer für den Dritten Weg“, ein Lexikon mit Aussagen des DGB-Vorsitzenden zu gewerkschaftlichen und politischen Grundsatzfragen, sowie im Anhang einen tabellarischen Lebenslauf und ein Verzeichnis der Funktionen und Ämter von Vetter.

Das Interview, das den Mittelpunkt des Buches bildet, zeigt deutlich seine Vorstellungen vom „Dritten Weg“, seine christliche und sozialdemokratische Prägung und seine Abneigung gegen doktrinaire und „endzeitliche“ Lösungen. Er sieht die Notwendigkeit zur Bestimmung der gewerkschaftlichen Position in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, stellt aber zugleich fest: „Wir dürfen keine künftigen Entwicklungen betonieren und versuchen, Entscheidungen vorwegzunehmen, die künftige Generationen selbst zu treffen haben“ (S. 85).

In diesem Sinne äußert Vetter sich deutlich zu einem neuen Grundsatzprogramm, arbeitet er Mitbestimmung und Vermögensbildung als wichtige Elemente dieses angestrebten „Dritten Weges“ heraus. Besonders erwähnenswert ist, daß er die Beziehung zwischen den gewerkschaftlichen Zielen und den gewerkschaftlichen Organisationsformen hervorhebt — ein leider häufig vernachlässigter Zusammenhang.

Das Buch kann und will keine systematische Übersicht zu den angesprochenen Themen geben, wenngleich das Lexikon mit den

Stichworten zu gewerkschaftlichen Grundsatzfragen weitere Aufschlüsse vermittelt. Wichtig ist denn auch weniger die abschließende Information als der aus Interview und Porträt mögliche Einblick in die Denkweise des Vorsitzenden und in seine offene Art der Argumentation. So gesehen ist es ein Positivum, daß die Lektüre oft mehr Fragen als Antworten beim Leser provoziert, daß es zum Weiterdenken anregt.

Gerhard Leminsky

Gerhard Weisser
Beiträge zur Gesellschaftspolitik
ausgewählt und herausgegeben von Siegfried
Katterle, Wolfgang Mudra, Lothar F. Neu-
mann
Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen 1978, 820 S.,
Leinen, 65,- DM.

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung trafen sich am 9. Februar 1978 in Bad Godesberg Vertreter der Wissenschaft und Politik, der Verbände und Kirchen, um dort mit Gerhard Weisser nicht nur den Wissenschaftler und Ehrenvorsitzenden des Kuratoriums der Stiftung, sondern auch den Politiker und Gewerkschafter zum 80. Geburtstag zu würdigen. Bis zur Entlassung durch die Nationalsozialisten war Gerhard Weisser ab 1930 Bürgermeister in Hagen/Westf., nach 1945 Stellvertreter des Ministerpräsidenten im damaligen Lande Braunschweig und wurde 1946 von den Deutschen zum Generalsekretär des Zonenbeirats der britisch besetzten Zone gewählt. Nach zweijähriger Tätigkeit als Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgte 1950 die Berufung zum ordentlichen Professor für Sozialpolitik und Genossenschaftswesen an die Universität Köln. Gerhard Weisser war Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung nach Wiederbe-gründung im Jahre 1954 und ist seit Gründung Mitglied des wiss. Beirates beim Bundeswirtschaftsministerium sowie Mitglied des wiss. Beirates der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft (GÖWG) in Berlin.

Derzeit leitet der emeritierte Hochschul-lehrer und Honorarprofessor der Universität

Göttingen das „Forschungsinstitut für Gesellschaftspolitik und beratende Sozialwissenschaft e. V.“ in Göttingen.

Zum 80. Geburtstag von Gerhard Weisser legten drei ehemalige Mitarbeiter eine Auswahl von Abhandlungen, Gerhard Weisser, „Beiträge zur Gesellschaftspolitik“, vor. In ihrem Vorwort stellen die Herausgeber fest, daß Anregungen des Verfassers, der Mitglied aller Programmkommissionen der SPD nach dem Kriege bis zum Godesberger Programm 1959 war, Eingang gefunden haben auch in Arbeiten und Programmen der Gewerkschaften. Die im folgenden zu besprechende Sammlung von Abhandlungen konnte dank der finanziellen Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung erscheinen.

Die in fünf Kapitel gegliederte Sammlung von „Beiträgen zur Gesellschaftspolitik“ Gerhard Weissers umfaßt folgende Themenschwerpunkte: Erkenntnis- und wertenskritische Probleme praktischer (normativer) Sozialwissenschaften (Kap. 1.) - Gesellschaftsgestaltung, Sozialpädagogik (Kap. 2.) - Sozialpolitik, Mitbestimmung (Kap. 3.) - Vermögenspolitik und Verteilungsprobleme (Kap. 4.) sowie Volkswirtschaftspolitik, Einzelwirtschaftspolitik (Kap. 5.). Die Auswahl von Beiträgen umschließt einen Zeitraum von fast 25 Jahren der wissenschaftlichen Tätigkeit Gerhard Weissers und reicht bis 1971. Bibliographische Hinweise im Anhang des Sammelwerkes weisen die Veröffentlichungen von 1972-1977 aus.

Grundsätzliche Abhandlungen zum wissenschaftlichen Standort G. Weissers sind im ersten Kapitel des Buches zusammengefaßt. Der Verfasser bemühte sich stets um den Aufbau einer normativen Sozialwissenschaft (S. 15 ff.) und um die Entwicklung einer sozialwissenschaftlichen Grunddisziplin aus Empfehlungen und Warnungen (S. 45 ff.), wobei sich Weisser dem Problem der systematischen Verknüpfung von Normen und explikativen Aussagen und auch der politischen Programmatik (S. 58 ff.) zu stellen hatte. Gerhard Weisser ist ein Kritiker am Ökonomismus sowie anderer vermeintlicher

„reiner“ Standpunkte (S. 573 ff.). Zugleich ist er ein Kritiker am „Vulgärpragmatismus“ in Form eines jeden geistigen und faktischen Ressortpartikularismus. In seiner erstmals 1953 veröffentlichten Auseinandersetzung „Über die Unbestimmtheit des Postulats der Maximierung des Sozialprodukts“ (S. 542 ff.) bestreitet Weisser, daß „Sozialprodukt“ als statistische Hilfsgröße ein „Gegenstand von Interessen“ sein kann (S. 542), da das Optimum an Sozialprodukt nicht in einem Maximum an Ausstoß bestehe.

Eine „Ordnungspolitik des freiheitlichen Sozialismus“ entwickelte Weisser als Alternative sowohl zum ordoliberalen Markt-dogma als auch zu einer zentral gelenkten Verwaltungswirtschaft mit Totalsozialisierung und wies bereits 1953 ordnungspolitische Vorstellungen aus, die neben einer Vor-entscheidung für die marktwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaft um der Freiheitlichkeit willen (S. 654 ff.), die Vielgestaltigkeit des sozialen Lebens (S. 137 ff.), die Erhaltung der Vielfalt der Unternehmenstypen und die Mitbestimmung als sozialorganisations- und sozialpädagogische Forderung (S. 324 ff.) auswies sowie die Erziehung zur Freiheit (S. 231 ff.), Haltungspflege (S. 258 ff.) und Dienstbereitschaft postulierten.

Nachfolgend sollen in der gebotenen Kürze drei zentrale Bereiche der wissenschaftlichen Arbeiten Gerhard Weissers vorgestellt werden, die gerade heute besondere Beachtung verdienen. Zunächst zum Themenbereich „Sozialpolitik“ (S. 105 ff.) und „Politik der sozialen Sicherung“ (S. 105 ff.): Mit der Formulierung eines Konzepts der „Lebenslage“ (S. 275), im Anschluß an Grelling und Neurath, bietet Weisser ein theoretisches Konstrukt, das nicht nur über die späteren Bemühungen seiner Fachkollegen um „Sozialindikatoren“ hinausreicht, sondern deutlich macht, daß nicht allein an Einkommensgrößen festgemachte „Messungen“ die Situation eines Menschen beschreiben können, denn, so Weisser, „verteilt werden Lebenslagen mit allen ihren ‚materiellen‘

und ‚immateriellen‘ Werten und Unwerten“ (S. 667). Diese Arbeiten Weissers sind heute beispielsweise in der Verteilungsfrage, in der Diskussion um Armut sowie in der Auseinandersetzung um die sogenannte „Neue Soziale Frage“ von besonderer Bedeutung.

In der wissenschaftlichen und praktischen Gewerkschaftsarbeit finden die Bemühungen von Gerhard Weisser um eine „Axiomatik der Einzelwirtschaftspolitik“ (S. 692 ff.) und die Formulierung einer „Lehre von den öffentlichen und freigemeinwirtschaftlichen Unternehmen“ (S. 689 ff.) gegenwärtig Beachtung. Es wird an die von Mitarbeitern des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) des DGB entwickelte „Arbeitsorientierte Einzelwirtschaftslehre (AOEWL)“ und an die Bestrebungen der Gewerkschaften um Theorie und Praxis ihrer gemeinwirtschaftlichen Unternehmen erinnert. Nicht nur als gesellschaftsorganisatorische Maßnahme aus der berechtigten Forderung nach Anerkennung der Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit, sondern als demokratisches Grundlagenprinzip betrachtet Weisser die Mitbestimmung in allen Lebensbereichen. Sie genieße als „gesinnungsmäßiger Grundsatz“ unsere unmittelbare Wertschätzung (S. 329), und aus einem „geistigen Grundanliegen kultureller Art“ ergebe sich das Postulat, „daß die Gesellschaft Raum für geistige Selbständigkeit und für in Freiheit übernommene Mitverantwortung gewährt“ (S. 331). Die Überzeugung Weissers, „daß die an der Produktion gesellschaftlicher Werte Beteiligten geordnete Möglichkeiten der Mitbestimmung erhalten sollen“ (S. 337), schließt seinen wissenschaftlichen und politischen Einsatz für eine Vermögensbildung im Sinne einer neu zu regelnden Originärverteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Ergebnisses ein. Es sei hier auf das Kapitel „Vermögenspolitik und Verteilungsprobleme“ (S. 359–522) in der hier vorgestellten Sammlung hingewiesen.

Dem Sammelwerk von Abhandlungen Gerhard Weissers liegen pädagogisch-didaktische Ziele zugrunde, denn einigen mono-

graphischen Buchveröffentlichungen stehen zahlreiche Beiträge Gerhard Weissers für wissenschaftliche Zeitschriften, Handbücher, Festschriften und Sammelwerke gegenüber. Der Umstand, daß diese Publikationen größtenteils nur sehr mühsam zugänglich sind, erschwerte bisher nicht nur den Studenten die Beschäftigung mit den Weisserschen Gedanken, sondern begünstigte eine vielfach beobachtete mangelhafte Zitierung der Arbeiten des Verfassers. Die vorgelegte Sammlung wird diese Mängel sicherlich mildern und sie wird Studenten, wissenschaftlichem Personal und Erwachsenenbildnern eine gute Arbeitshilfe sein. Dem wissenschaftlichen Gesamtwerk Weissers wird die Auswahl insofern gerecht, als sich bereits an den Kapitelüberschriften die weitgespannten Arbeitsschwerpunkte des Verfassers erkennen lassen. Nach den beiden Gerhard Weisser gewidmeten Festschriften (1963, 1973) vervollständigen die bibliographischen Hinweise in den „Beiträgen zur Gesellschaftspolitik“ die Übersicht über die Lebensarbeit des Verfassers. *Heiner Henkel*

„Frankfurter Hefte“ — Zeitschrift für Kultur und Politik 1946 bis 1952, Faksimile - Ausgabe der Jahrgänge 1 bis 7, Fischer Taschenbuch Verlag 1978.

Dieser Neudruck der ersten Jahrgänge der „Frankfurter Hefte“ gibt rund dreißig Jahre danach einen interessanten und für die jetzige Situation auch wichtigen Rückblick in die Jahre nach 1945 mit ihren politischen Vorstellungen, dem Drang nach Veränderung und Aufbruch zu neuen Zielen. Eugen Kogon und Walter Dirks hatten als katholische Christen und Sozialisten das Programm dieser aufkeimenden Auseinandersetzung in den Nachkriegsjahren geprägt. In einer Zeit, in der Karl Marx ziemlich allgemein als „toter Hund“ behandelt wurde und der Stalinismus den Blick auf ihn versperrte, schrieb Walter Dirks den Aufsatz „Marxismus in christlicher Sicht“. Welche Hoffnung man dabei in die weitere politische Entwicklung setzte, macht ein Satz von 1946 deutlich: „Das Abendland wird sozialistisch sein, oder

es wird nicht sein. Zerfällt Europa in das ‚Abendland‘ und in den ‚Sozialismus‘, so zerfällt es in sich selber.“ In dieser Perspektive erlitt die Zeitschrift natürlich eine deutliche Niederlage, als Konrad Adenauer Bundeskanzler wurde und der neu gegründeten Bundesrepublik Deutschland sein parteipolitisches Gepräge gab. Dabei hatte die Zeitschrift schon vorher angegeben, welches Hindernis diesem Weg zu einem sozialistischen Europa entgegenstehen würde: „Die Amerikaner . . . werden es verhindern wollen, daß Europa diesen Weg geht. Sie werden es verhindern können, wenn schwächlich, dilettantisch und böseartig gehandelt wird.“ Die Realität Adenauers war eine Antwort auf dieses Problem, auf das sich nun auch die Zeitung einstellen mußte, indem sie nicht mehr einen Entwurf der gesamten Gesellschaft zur Diskussion stellte, sondern sich einzelnen Politikfeldern zuwandte, wie dem „Gespenst der deutschen Remilitarisierung“ u. a.

Ein wichtiger Erfolg für das Wirken der Zeitschrift war jedoch die Beeinflussung der politischen Entscheidung um die Einführung der qualifizierten Mitbestimmung in der

Montanindustrie. Die Erklärung des Bochumer Katholikentages zu diesem Punkt hat nämlich wegen des offiziellen Rahmens und der mehreren Hunderttausend Teilnehmer entscheidend dazu beigetragen, daß auch die DGB-Führung ihre Hauptkraft Anfang des Jahres 1950 auf die Durchführung dieser Mitbestimmung setzte. Wegen des Einflusses der „Frankfurter Hefte“ auf diesen „Bochumer Katholikentag“ bestimmte Theo Pirker diese Mitwirkung an dem Mitbestimmungsgesetz als „ein Produkt linkskatholischer Kräfte, wie sie sich zu diesem Zeitpunkt um Walter Dirks, den Herausgeber der politischen frankfurter Hefte“ sammelten“. Dies war sicher der Höhepunkt der politischen Wirkung dieser Zeitschrift. Mit der Zeit der Währungsreform - „dem großen Sprung in die Restauration“ — begann dann auch für diese Zeitschrift der „normale bundesrepublikanische Alltag mit seinen vielen kleinen Schritten vorwärts und noch viel mehr Niederlagen“ - wie für die Vorstellungen vom „demokratischen Sozialismus“ allgemein. Insoweit stellt gerade diese Neuauflage eine wertvolle Rückerinnerung dar! vb

Buchanzeigen

Festschriften

Bohret, Carl (Hrsg.), Politik und Wirtschaft. Festschrift für Gert von Eynern zum 75. Geburtstag. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 8/1977, 216 S., 38,-DM.

Diese Festschrift für einen „Altmeister“ der deutschen politischen Wissenschaft, die er durch seine vielfältigen praktischen Erfahrungen fruchtbar beeinflusste, ist auch in den vorliegenden Einzelbeiträgen von Gert von Eynerns wissenschaftlichem Hauptinteresse geprägt — nämlich der Frage, wie innerhalb der Gesellschaft die wirtschaftlichen und politischen Subsysteme organisiert und einzelne Elemente miteinander verknüpft sind, wie

diese sich gegenseitig beeinflussen, voneinander abhängen und sich verändern. Mit der Etablierung der „Politischen Wirtschaftslehre“ als Lehr- und Prüfungsfach an deutschen Hochschulen wurde ihm in seinem zentralen Anliegen, das „Politische und Ökonomische“ zu verbinden, zu einer Zeit Anerkennung zuteil, als in Deutschland die „Politische Ökonomie“ noch längst nicht wiederentdeckt war.

Für seine politische Position als „freier Sozialist“ bedeutete dabei das Werk von Karl Marx immer Anregung und Anstoß; gleichzeitig stand er in einigen zentralen Ansätzen Marxens - vor allem der Arbeitswertlehre — in einem begründeten distanzierten Verhältnis. Neben den verschiedenen Einzelbeiträgen dieser Festschrift zum Verhältnis Politik-Ökonomie sind noch besonders erwähnenswert die Aufsätze über „Probleme der Eigenwirtschaftlichkeit öffentlicher Unternehmen“ (P. Eichhorn), „Fall der Profit-

rate, Kapitalkoeffizient und das Schicksal des Kapitalismus" (Karl Kühne), „Investitionslenkung" (Karl Georg Zinn) und „Sozialstaatspostulat und Reformpolitik" (Hans Hermann Hartwich).

Fischer, Fritz, Der erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild, Droste Verlag, Düsseldorf 1977, 368 S., 58-DM. Stegmann, Dirk/Wendt, Bernd-Jürgen/Witt, Peter Christian (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Festschrift für Fritz Fischer zum 70. Geburtstag, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1978, 464 S., 28- DM.

Der erste Band dokumentiert noch einmal durch die Aufnahme der wichtigsten Beiträge von Fritz Fischer dessen Bedeutung für einen Wandel in der deutschen Geschichtsschreibung, der eine dermaßen hervorragende Rolle spielt, daß der Untertitel „Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus" zu Recht steht.

Die zweite - durch etliche Druckkostenzuschüsse sehr preiswerte — Festschrift für Fritz Fischer will anhand aspekthaft unterschiedlicher Fragestellungen und Methoden die von Fischer ausgelöste Kontroverse über die Entwicklung moderner Industriegesellschaften fortführen. Dabei steht - ungeachtet der Vielfalt der in den einzelnen Beiträgen ausgesprochenen Aspekte - im Zentrum immer die Frage, ob und inwieweit die industriewirtschaftliche Entwicklung und das politisch-gesellschaftliche System mit seinen Normen voneinander abhängig sind.

„Res Publica"

— Studien zum Verfassungswesen — Rolf Sternberger zum 70. Geburtstag. Herausgegeben von Peter Haungs, Wilhelm Fink Verlag, München 1977, 481 S., 90,-DM.

Dies ist eine Festschrift für Professor Sternberger, dem der Bundespräsident Walter Scheel als Geleitwort schreibt: „... Sie haben beim Aufbau unserer Demokratie Ih-

ren Mitbürgern die fundamentale Verkettenung von Freiheit und Verantwortung in allen Feldern menschlichen Zusammenlebens leidenschaftlich vor Augen gestellt."

Auch für die Gewerkschaften enthalten diese als Studien zum Verfassungswesen gedachten Einzelbeiträge wichtige Anregungen. Da ist vor allem der Beitrag von Klaus von Beyme zu nennen über eine aktuelle Auseinandersetzung „Der , Gewerkschaftsstaat' — eine neue Form der , Gemischten Verfassung?" Rolf-Richard Grauhan reflektiert in „Der Staat" des Machiavelli und der moderne Begriff des „Politischen" über aktuelle Probleme des Staatsverständnisses. Peter Haungs diskutiert die neuere Literatur über politische Parteien in westlichen Demokratien. Der CSU-Kultusminister von Bayern, Hans Maier, entfaltet die konservative Staatsvorstellung in der Auseinandersetzung mit dem Begriff „Sozialer Rechtsstaat". Hella Mandt breitet die Problematik des Verfassungsgrundsatzes der „streitbaren Demokratie" aus, und Günther Nonnenmacher beleuchtet das Problem „Reform" („Schwierigkeiten einer Theorie der Praxis") auf der Ebene der politischen Begriffe. Ist die Spannweite dieses Bandes damit nur zum Teil wiedergegeben, so dokumentiert es doch schon die Bedeutung dieser Festschrift, vb

Zu Gewerkschaftsfragen

Arnim, Hans Herbert von, Gemeinwohl und Gruppeninteressen. Alfred Metzner Verlag, Frankfurt/Main 1977, 494 S., 82,- DM. Teubner, Günter, Organisationsdemokratie und Verbandsverfassung. Rechtsmodelle für politisch relevante Verbände. Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1978, 383 S., 98-DM.

Nachdem die ökonomische Schlechtwetterlage von politisch-publizistischer Seite eine Verbändediskussion hervorbrachte, die vom „Verbändegesetz" bis zum „Gewerkschaftsstaat" reichte, versuchen diese juristische Habilitationsschriften das Thema Staat und Verbände anzugehen. Da die Enquete-Kommission — wohl wegen der politisch-ge-

gensätzlichen Standpunkte - das Verbändethema noch weitgehend ausgespart hat, soll hier nun grundlegend dieses Problem angegangen werden.

Dabei soll in der ersten Arbeit im Ergebnis in typisch deutscher Tradition und ihrer Verachtung gegenüber Verbandsautonomie und demokratischen Prozessen der Ausbau einer kleinen juristischen Eliteherrschaft qua Bundesverfassungsgericht vorangetrieben werden, wobei die auf die politische Legitimierung angewiesene Gesetzgebung weiter zurückgedrängt wird. Angesichts der bisherigen Erfahrungen mit der Rechtsprechung dieses kleinen Gremiums von mehrheitlich konservativen Juristen, die bisherige kleine Ansätze von Strukturreformen durch Parlamente mit dem Verdikt der Verfassungswidrigkeit belegten, zeigt dieses Ergebnis die konservative Stoßrichtung dieses Beitrages zum Verbändeproblem an.

Die zweite Arbeit versucht dagegen, umfassend Pluralismus- und demokratietheoretische Erklärungsmuster einzubeziehen, um deren Schwächen und Vorteile zu einer nach Funktionen unterschiedlichen und sehr problemorientierten differenzierten Einschätzung zu bringen. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis: „Konfliktsteigerung durch Recht ist eine paradoxe Formel. Sie läuft all unseren von der Primärgruppenmoral genährten Vorstellung der Einheit eines Verbandes, seiner inneren Geschlossenheit und seiner äußeren Handlungsfähigkeit zuwider. Die Einsichten der bisherigen Forschung über Verbandsorganisationen sollten aber plausibel gemacht haben, daß eine innovationsreiche und responsive Verbandspolitik heutzutage nicht über die Grundsätze einer ‚participatory democracy‘ (sc. Bürgerinitiativen u. ä.) zu erreichen ist, sondern eher über die gezielte Hereinnahme von Umweltkonflikten in das Innere des Verbandes: über die Zulassung von pluralistischer Konkurrenz, von organisierter Opposition und von institutionalisiertem Dissens.“

Borsdorf, Ulrich/Hemmer, Hans O./Martiny, Martin (Hrsg.), Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien — Mit einem Vorwort von Heinz O. Vetter. Europäische Verlagsanstalt, Köln 1977, 336 S., 24,80 DM.

Die Verwirklichung der Einheitsgewerkschaft, die untrennbar mit dem Namen Hans Böcklers verbunden bleibt, gilt als die — neben der paritätischen Mitbestimmung — wichtigste soziale Errungenschaft der zweiten deutschen Republik nach 1945. Zur Auseinandersetzung in dieser Frage der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung legen die Herausgeber hiermit eine Dokumentation vor, in der der Leser die wechselvollen Konflikte bis zur endgültigen Durchsetzung der Einheitsgewerkschaft nachvollziehen kann.

Dettling, Warnfried u. a.: Die neue soziale Frage und die Zukunft der Demokratie. Günter Olzog Verlag, München/Wien 1977, 151 S., 5,80 DM.

Ausgehend von der Mannheimer Erklärung 1975 der CDU ist die „Neue soziale Frage“ ein Glied in der Offensivstrategie gegen die Gewerkschaften — neben einer „Verbände“-Diskussion und den Angriffen auf einen angeblichen „Gewerkschaftsstaat“. Dieses Bändchen enthält für dieses Einschließen auf die Gewerkschaften das flankierende Begleitfeuer im Bereich der „Neuen sozialen Frage“.

Eisner, Freya, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik. Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt am Main 1977, 272 S., 28,- DM.

Eine Darstellung der verschiedenen Phasen des jeweils taktischen Verhältnisses der KPD-Organisation gegenüber den großen Gewerkschaftsorganisationen bei gleichbleibender Zielsetzung, hierarchischer innerer Organisationsstruktur und äußerer Abhängigkeit.

Matthöfer, Hans, Humanisierung der Arbeit und Produktivität in der Industriegesellschaft. Europäische Verlags anstatt, Köln 1977, 194 S., 14,80 DM.

Ein Band, in dem der ehemalige Forschungsminister die Schwerpunkte der Humanisierungsprojekte seines Hauses darstellt und aus diesem Blickwinkel natürlich nicht alle für die Gewerkschaften relevanten Punkte einer „Humanisierungsstrategie“ anspricht. Mit dieser Einschränkung jedoch ein ansonsten interessanter Überblick.

Projektgruppe Gewerkschaftsforschung. Tarifpolitik unter Krisenbedingungen — Darstellung und Analyse der Tariffbewegungen 1975 und 1976 in der chemischen Industrie und in der Druckindustrie. Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt/Main 1977.

Hier werden die gegenüber der Rezession 1966/67 schwieriger gewordenen Bedingungen gewerkschaftlicher Tarifpolitik anhand von zwei ausgewählten Branchen, deren Krisenbetroffenheit wiederum unterschiedlich ist, untersucht. Unterschiede im Prozeß der Tarifverhandlungen werden dabei im einzelnen dargestellt und in ihrer jeweiligen Bedeutung gewertet.

Teschner, Eckart, Lohnpolitik im Betrieb. Eine empirische Untersuchung in der Metall-, Chemie-, Textil- und Tabakindustrie. Campus Verlag, Frankfurt und New York 1977, 226 S..

Die im deutschen System „dualer Interessenvertretung“ unterste Ebene — der Betrieb wird am Beispiel wichtiger Aspekte untersucht. Dabei werden die Prozesse betrieblicher Lohnpolitik in ihrem Verhältnis zu der allgemeinen gewerkschaftlichen Tarifpolitik analysiert. Als Ergebnis wird dabei festge-

stellt, daß — im Gegensatz zu Prosperitätsperioden - in einer Phase verschärfter ökonomischer Strukturkrisen die betrieblichen Lohnkonflikte häufiger die Form der inoffiziellen „wilden“ Streiks annehmen können.

Schock, Eva Cornelia, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920 bis 1928. Verlag Campus, New York und Frankfurt/Main 1977, 280 S.

Es gibt nun einige Arbeiten über die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen und „Fraktionskämpfe“, die jedoch zum Bezugspunkt lediglich die jeweiligen organisationspolitischen Interessen und ideologischen Grundmuster haben. Im Gegensatz dazu wird in der vorliegenden Arbeit nun einmal versucht, an den Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter- am Beispiel Rationalisierung und Arbeitslosigkeit - anzusetzen und so vor den realen Bedingungen der Arbeiterinteressen die kommunistische Gewerkschaftspolitik der Jahre 1920 bis 1928 zu durchleuchten. Erst auf diesem Hintergrund wird eine begründete Einschätzung der kommunistischen Gewerkschaftspolitik möglich.

Gülden, Klaus, Mitbestimmung in der Wirtschaftskrise. Verlag Die Arbeitswelt, Berlin 1977, 136 S., 14,80 DM.

Am Beispiel der Stilllegung eines Walzwerkes in der Wirtschaftskrise 1966/67 wird versucht, die Probleme der Mitbestimmung in einer von einer allgemeinen Strukturkrise betroffenen Branche herauszuarbeiten. Dabei werden die Lücken der bisherigen Mitbestimmungspraxis thematisiert, die im Grunde für eine weitergehende überbetriebliche Mitbestimmung sprechen. vb